Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 3spaltige Textmillimeterzeile (90 mm breit) 20 Rpfg. Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 38 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 14. Februar 1934

Blutschuld.

In Wien und in größeren Städten Österreichs krachen Geschütze, knattern Maschinengewehre, ertönen die dumpfen Knalle der Handgranaten. Das bisherige Ergebnis dieser schwersten inneren Erschütterung, die Österreich seit dem 15. Juli 1927, der Erstürmung und Inbrandsetzung des Wiener Justizpalastes durch die roten Horden erlebt, besteht darin, daß die sozialdemokratische Vorherrschaft in der Bundeshauptstadt beseitigt ist, eine Anzahl weiterer roter Stützpunkte im Lande von Bundestruppen mit Unterstützung der Polizei in blutigen Kämpfen genommen, eine Reihe sozialdemokratischer Funktionäre hinter Schloß und Riegel gebracht ist und einige von ihnen sich der Regierung „zur Verfügung gestellt" haben, wie sie es nennen.

Nach dem äußeren Ergebnis wäre man versucht, von einer Umwälzung in Österreich zu sprechen und sie der Ausschaltung der Sozialdemokratie in Preußen vom Sommer 1932 gleichzusetzen. In Wirklichkeit handelt es sich in Österreich um eine völlig andere Lage; dort geht es nicht um die Beseitigung der Marxistenherrschaft durch die legale Macht, sondern letzten Endes lediglich um den Kampf zweier illegaler Machtgruppen gegeneinander, nämlich der Starhembergschen Heimwehr, die — bestenfalls! — über 40 000 Mann verfügt, gegen die Austro-Marxisten, die sich noch im vergangenen Jahre wahrheitswidrig rühmten, 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung hinter sich zu haben.

Sieht es nun nicht so aus, als hätten die Starhembergschen Heimwehren Österreich vor dem Marxismus bewahrt? Es scheint nur auf den ersten Blick so. Tatsächlich haben Starhemberg und die Seinen diesen zweiten größeren Putsch vom Zaun gebrochen, nachdem der erste kleinere Putsch in der vergangenen Woche in Salzburg und Tirol ihnen nur einen halben Erfolg gebracht hatte. Gewiß, jedes Kind in Österreich wußte, daß die Sozialdemokraten, obwohl im Verlauf der letzten Jahre manches große Waffenlager, darunter das im Wiener Rathaus, aufgeflogen war, reichlich mit Waffen aller Art versehen waren, die meistens über die tschechische Grenze her gekommen waren. Und die Wiener Spatzen pfiffen es sich von den Dächern zu, daß die großen Wohnblock-Neubauten, die unter der Herrschaft des sozialdemokratischen Wiener Bürgermeisters Seitz besonders in den äußeren Bezirken der Bundeshauptstadt schon vor Jahren errichtet worden waren, von vorneherein in ihren ausgedehnten Kellereien Lager von Waffen aller Art enthielten. Die gleichen Spatzen zwitscherten es sich genau so zu, daß diese Zustände der Wiener Polizei bekannt waren, daß die Sicherheitsorgane aber „höheren Ortes" immer wieder zurückgepfiffen wurden.

Die Sozialdemokraten in Österreich waren zwar seit ihrer Ausschiffung aus der Regierung nur noch fünftes Rad am Wagen; aber ihre Duldungspolitik gegenüber der Regierung Dollfuß hatte erst den Ausbau dieser Regierung zum Diktatursystem ermöglicht. Beide Teile, sowohl die Regierung Dollfuß wie die Sozialdemokraten, wußten somit ganz genau, was sie einander wert waren. Und da die Sozialdemokraten ja schließlich immer noch die unbeschränkte Herrschaft sowohl im Wiener Rathaus als auch in dem Bundesstaat Wien innehatten und darüber hinaus auch sonst im Lande noch eine Anzahl einträglicher Posten bekleideten, so hatten sie in dieser Stellung, die ihnen wenig Verantwortungslast und manche fette Pfründe sicherte, von sich aus gar keinen Anlaß, jetzt loszuschlagen. Sie waren, um nach außen hin das Gesicht zu wahren, „die Opposition", aber sie waren des Herrn Dollfuß allergetreueste Opposition.

Auf der anderen Seite waren die Starhembergschen Heimwehren — im österreichischen Volk verhaßt und durch die politische Großmannssucht ihres Führers Starhemberg längst um jedes innere und äußere Ansehen gebracht — in der Zwangslage, entweder vor dem unaufhaltsamen Vormarsch des Nationalsozialismus in Österreich zu kapitulieren oder einen letzten Versuch zur Ergreifung der Macht zu wagen. Fürst Starhemberg, politischer Dilettant, den niemand mehr ernst nimmt, entschied sich für das letztere, erfand den Reklamebegriff des „österreichischen Faschismus" für seine persönlichen Bestrebungen, wurde damit wiederholt von Dollfuß abgewiesen und veranstaltet nun auf Biegen oder Brechen seinen privaten Bürgerkrieg, der nach den bisherigen Meldungen außer vielen Hunderten von Verletzten schon über hundert Tote an Blutopfern gekostet hat.

Den äußeren Anlaß dazu gab die Erklärung, des der Heimwehr seelenverwandten Vizekanzlers Fey vom Sonntag, man müsse in Österreich mit der Sozialdemokratie „ganze Arbeit" machen. Die Antwort, Herrn Starhemberg und seinen Leuten höchst erwünscht, war der sozialdemokratische Aufruf mit der Bereitschaft zur bewaffneten Auseinandersetzung.

Bei dieser Auseinandersetzung zwischen zwei illegalen Machtgruppen ist es nun dazu gekommen, daß pflichttreue Soldaten des österreichischen Bundesheeres und Beamte der österreichischen Polizei gegen die Maschinengewehre der österreichischen Marxisten anstürmen und die Arbeit für die Diktaturgelüste der Herren Starhemberg und Fey machen mußten! Aus den gebrochenen Augen der in diesen Kämpfen Gefallenen spricht die furchtbarste Anklage gegen jenes politische Abenteurertum, spricht aber auch noch schwerere Anklage gegen das System Dollfuß selbst, das durch die verfassungswidrige gewaltsame Niederhaltung der nationalen Bewegung in Österreich diesen blutigen Bürgerkrieg direkt mitverschuldet hat. Es ist dabei gleichgültig, daß die Sozialdemokratie in Wien ihre dortige Machtstellung im Rathaus so kampflos räumte wie die Genossen Braun und Severing ihre Positionen in Preußen; es ist auch gleichgültig, daß der Bundeskanzler selbst, der Hals über Kopf aus Budapest nach Wien zurückeilen mußte, zur Zeit ein Spielball der Starhemberg-Leute einerseits und der noch am Ruder befindlichen Parteireste andererseits ist.

Entscheidend bleibt, daß Dollfuß, der ja seit der Auflösung des österreichischen Parlaments im Frühjahr vergangenen Jahres und seit seinem Verbot aller Neuwahlen verfassungswidrig regiert, seit jenem Frühjahr 1932 jeden Tag die Möglichkeit gehabt hätte, der heutigen Mehrheit in Österreich, der nationalsozialistischen Bewegung, im Wege der Neuwahlen ihr Recht werden zu lassen und damit auf friedlichem Wege endlich wieder die Bahn zu einer nationalen Politik freizugeben. Die unblutige Revolution vom Januar 1933 in Deutschland hätte ihm Wegweiser sein müssen.

Das System Dollfuß war seit dem Frühjahr 1932 fallreif wie kaum ein anderes in Europa. Mit schwerster Blutschuld beladen steht es heute als Angeklagter vor dem Richterstuhl des österreichischen Volkes und der Geschichte.

B. A. R.

Hunderte von Toten in Oesterreich.

Immer noch Kanonendonner und Straßenkämpfe.

Zahl der Todesopfer unübersehbar.

Die Zahl der Todesopfer ist noch nicht zu übersehen. Von der Regierung werden über die Höhe der Verluste bei Militär, Polizei und Heimwehr keine genauen Angaben gemacht, können wohl auch bei der allgemeinen Verwirrung noch gar nicht gemacht werden. Um so weniger lassen sich die Verluste der Marxisten, die ihre Toten und Verwundeten, soweit es möglich ist, mit sich schleppen, übersehen. Jedoch dürften allein die Todesopfer in die Hunderte gehen. An dieser Ziffer sind die Regierungskräfte sehr hoch beteiligt.

Artillerie und Haubitzen bei den Wiener Straßenkämpfen.

Auf eine Nacht, die durchtost war von Artillerie- und Maschinengewehrfeuer folgte ein nicht weniger unruhiger Morgen. Beim Weichen der Dunkelheit lohten die Straßenkämpfe in Wien an zahlreichen Stellen wieder auf.

Kleinkrieg à la Moskau.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist es in Wien infolge des vollen Einsatzes der Machtmittel gelungen, die Bildung einer zusammenhängenden Stellung der Schutzbündler zu verhindern, so daß sich der Kampf in Teilaktionen auflöste. Diese Teilaktionen machten den Truppen aber fast noch mehr zu schaffen, als der Sturm auf die zusammenhängenden Stellungen, wie Einzelberichte über die Straßenkämpfe in Wien zeigen. So explodierte in Ottakring durch einen

Volltreffer ein Gasometer.

In diesem Bezirk wurden Truppen von den Dächern und einem Feuerwehrturm aus beschossen, worauf die Truppen zum Sturm ansetzten. Aus einem Gemeindebau eröffneten die Roten ein scharfes Maschinengewehrfeuer, worauf Haubitzen die Stellung unter Feuer nahmen. Bei der Besetzung eines ebenfalls in diesem Bezirk gelegenen großen Gemeindehauses, das durch Artilleriefeuer schwer beschädigt war, wurden 50 Schutzbündler verhaftet, bei denen man

volle kriegsmäßige Ausrüstung,

jedoch keine Munition mehr vorfand. Vier Polizeiflugzeuge stiegen auf, um die kommunistisch-marxistischen Nester auszukundschaften. In den noch arbeitenden Betrieben sind die Arbeiter teilweise zum passiven Widerstand übergegangen. Mehrere hundert Schutzbündler, die verhaftet sind, sollen

vor das Standgericht gestellt werden.

Der Adjutant des Vizekanzlers Fey, Major Wrabel, ist, während er mit dem Vizekanzler die Kampfhandlungen inspizierte, durch einen Schuß am Arm verletzt worden. Nach einer privaten Meldung ist die Frau des bekannten sozialdemokratischen Nationalratsabgeordneten Sever bei der Erstürmung des Arbeiterheims in Ottakring erschossen worden.

Planmäßige und einheitliche Aufstandstaktik.

Die Kämpfe in den österreichischen Ländern.

Die Nachrichten aus den österreichischen Ländern lauten von überall her ziemlich gleichartig, so daß die Vermutung zur Gewißheit wird, daß der Aufstand nach einem einheitlichen Plan und gründlicher Vorbereitung durchgeführt worden ist.

Überall in den größeren Orten setzten sich die Marxisten und Schutzbündler in den Bahnhöfen, großen Industriewerken und sozialdemokratischen Parteihäusern fest und verbarrikadierten sich. Die angreifenden Abteilungen des Militärs und des österreichischen Heimatschutzes wurden mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten empfangen. Die fester verschanzten Plätze mußten durch Artillerievorbereitung sturmreif gemacht werden, um von den Truppen erstürmt zu werden. Wo die Schutzbündler aus ihren Nestern vertrieben wurden, flüchteten sie in nahegelegene Wälder und auf die Dörfer, um dort den Kleinkrieg weiterzuführen. Die Säuberungsaktion durch Militär und Heimatschutz ist auch hier im Gange. Von verschiedenen Orten an der böhmischen Grenze und an der Donau kommt die Nachricht, daß sich die Aufständischen dort zu sammeln versuchen, um zu neuen Schlägen und zu neuem Widerstand auszuholen.

Das Verbot der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

Nach einer Verordnung der Bundesregierung, die das Verbot der Betätigung der Sozialdemokratischen Partei ausspricht, wird der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs jede Betätigung verboten. Die bestehenden Organisationen dieser Partei sind aufgelöst. Die Bildung neuer ist untersagt. Das Tragen von Abzeichen dieser Partei ist auch untersagt. Die Ausübung eines Mandats im Sinne der Sozialdemokratischen Partei Österreichs gilt als Betätigung für die Sozialdemokratische Partei und unterliegt dem Verbot der Betätigung für diese.

Die ersten Originalbilder vom Bürgerkrieg in Österreich.

Diese Originalaufnahmen von den Unruhen in der Donaustadt zeigen, daß Wien in diesen Tagen einem Heerlager gleicht, in dem blutiger Bürgerkrieg tobt. — Lastautos mit Truppen auf der Wiener Ringstraße.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF